
FORUM: Teilen verbindet*

Björn Engholm:
Für gerechtes Teilen kraftvoll eintreten

Björn Engholm, geb. 1939 in Lübeck, ist Vorsitzender der SPD und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

Wir stehen in Deutschland vor schweren Aufgaben:
- Der Aufbau der „neuen“ Bundesländer muß wirtschaftlich, sozial, mental und kulturell gerecht gestaltet werden.

- Demographische Entwicklungen erfordern die Modernisierung unseres Sozialstaates.
- Wirksame Schritte zum ökologischen Umbau unserer Industrie-Gesellschaft sind überlebens-notwendig.
- Den Anforderungen aus Ost- und Mitteleuropa sowie den Herausforderungen der ungelösten Nord-Süd-Problematik werden wir nur durch verstärkte Anstrengungen gerecht werden können.

All dies muß getan werden, wenn wir den Frieden im Innern und nach außen sichern wollen.

Keine Frage, wir müssen diese Herausforderungen konkret und realistisch beschreiben. Nur wer den Menschen die Wahrheit sagt, ihnen offen und öffentlich deutlich macht, mit welchen Konsequenzen sie zu rechnen haben, wird die Politik- und Parteienverdrossenheit, die Abkehr der Menschen von gesellschaftlichen Organisationen eindämmen können. Die schwindende Bereitschaft, Verantwortung in unserem Gemeinwesen zu übernehmen und Solidarität zu üben, ist in der Tat beängstigend.

Teilen ist ein tragendes Element unserer Gesellschaft und muß dies auch bleiben. Die jüngeren haben mit den älteren Generationen den Arbeitsertrag zu teilen - jeden Monat mit dem Beitrag zur Rentenversicherung. Allmonatlich teilen die Gesunden mit den Kranken durch die Beiträge an die Krankenkassen. Mit den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung wird die Notlage derjenigen finanziert, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen können, weil sie keinen Arbeitsplatz finden. Und über Steuerabgaben teilen wir mit denen, die auf gesellschaftliche, das heißt öffentliche Leistungen angewiesen sind - von der Ausbildungsförderung bis zur Sozialhilfe.

Einvernehmlich haben Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung am Gemeinwohl ausgerichtetes Teilen in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich mitgestaltet. Dabei haben wir das Hauptaugenmerk darauf gerichtet, daß *gerecht* geteilt wird, daß starke mehr als schwache Schultern tragen - und fürwahr tragen können. In dieser guten Tradition werden wir weiterhin gemeinsam arbeiten. Unser Markenzeichen ist es, *für gerechtes Teilen* kraftvoll einzutreten. Die SPD ist für diesen Einsatz von ihren politischen Gegnern immer polemisch attackiert worden. Ich nenne nur zwei aktuelle Beispiele:

Wenn wir für eine gerechte Verteilung der Steuerlasten sind - eben auch für eine Ergänzungsabgabe -, werden wir als Steuererhöhungspartei diffamiert. Oder: Wenn wir verlangen, der Bundesanstalt für Arbeit weiterhin Bundeszuschüsse zur Finanzierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig einen Arbeitsmarkt-Beitrag einzuführen, so handeln wir angeblich nicht verfassungskonform und wollen vermeintlich Neidkomplexe schüren.

Doch wir lassen uns nicht irre machen, denn wir wissen: Komplexe Gesellschaften brauchen sozialen Konsens. Nur wer es versteht, gerechtes Teilen in

dieser Gesellschaft zu organisieren, ist den gesellschaftlichen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft gewachsen.

Offenkundig ist die Bundesregierung dazu nicht in der Lage. In allen wichtigen Verteilungsfragen zögert sie und schreckt zurück - aus Hader in den eigenen Reihen und aus Unverständnis für die reale Lage in Deutschland und darüber hinaus: Teilen ist für die Koalitionsparteien ein Fremdwort. So wird die Mehrwertsteuer erhöht, gleichzeitig werden die Unternehmenssteuern gesenkt. In der Pflegeversicherung ist ein gerechtes Umlagesystem nicht in Sicht. Bei der sogenannten Gesundheitsreform scheinen sich die Lobbyisten der „Anbieterseite“ wieder einmal durchzusetzen, derweil die Kranken erneut zur Kasse gebeten werden sollen. Und die einigungsbedingten Belastungen für den Arbeitsmarkt und bei der Rentenversicherung haben vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tragen.

Aus guten Gründen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Mai-Veranstaltungen 1992 unter das Motto „Teilen verbindet“ gestellt. Ich weiß, darüber ist heftig gestritten worden, da nicht wenige der Auffassung waren: „Ich habe genug geteilt. Wo bleibt der Beitrag der Einigungsgewinnler?“ Gleichwohl war das Motto richtig, denn es wird an Bedeutung gewinnen.

Die Abkehr der Bundesregierung vom sozialen Konsens hat verhängnisvolle Folgen: Das Bewußtsein für Gemeinwohl, Solidarität und Rücksichtnahme ist bereits einer um sich greifenden Ellenbogenmentalität gewichen. Nicht von ungefähr nannte Gräfin Dönhoff das eine „Raff-Gesellschaft“. Aber die riesigen Probleme, die wir in unserem Land - und weltweit - zu lösen haben, lassen sich nur solidarisch bewältigen. Zwischen starken Einzelinteressen und der Gesellschaft muß nämlich ein sozial - und ökologisch - vertretbarer Ausgleich geschaffen werden. Nur durch Ausgleich lassen sich auf Dauer innerer Frieden und eine menschenwürdige Gesellschaft bewahren.

Mit „Teilen verbindet“ hat der DGB *die* gesellschaftspolitische Herausforderung offensiv auf den Begriff gebracht. Gesellschaften lassen sich nur zusammenhalten, wenn durch gerechtes Teilen alle Menschen miteinander verbunden werden. Damit wird ins Bewußtsein zurückgeholt, was tagtäglich bereitwillig geteilt werden muß, damit es wirklich gerecht zugeht und gemeinsam erarbeitete Überschüsse für gemeinsame Aufgaben verwendet werden.

Zum Herbst 1992 will die SPD die Eckpunkte für ihr Alternativprogramm zur Politik der Kohl-Regierung vorlegen. Dieses Programm für die Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl soll breit diskutiert werden. Ich lade DGB und Gewerkschaften zu einem Diskurs darüber ein, damit unsere tägliche Politik dem Anspruch des gerechten Teilens in dieser Gesellschaft gerecht wird.

Mir ist bewußt, daß die Größe der Herausforderungen auch schmerzliche Maßnahmen erforderlich machen wird. Aber die Gewerkschaften und ihre Mitglieder werden sich darauf verlassen können, daß die SPD ihren traditio-

nellen Bindungen treu bleibt. Sie wird sich nicht davon abbringen lassen, das Teilen sozial gerecht zu gestalten. Wir werden nicht spalten. Wir wollen weiterhin dafür einstehen, daß alltägliches Teilen verbindet.